



# zur Zweit- wohnungsinitiative

Überparteiliches Komitee „Nein zur Zweitwohnungsinitiative“  
c/o Postfach 367, 3000 Bern 7 - [www.zweitwohnungsinitiative-nein.ch](http://www.zweitwohnungsinitiative-nein.ch)

---

Medienmitteilung

Bern, 11. März 2012

## Die Angst vor weiterer Zersiedelung dominiert. **Kontraproduktive Initiative vor heikler Umsetzung**

**Das überparteiliche Komitee „Nein zur Zweitwohnungsinitiative“ nimmt die knappe Annahme der Initiative „Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen“ mit grossem Bedauern zur Kenntnis. Offensichtlich ist es im Abstimmungskampf nicht gelungen, aufzuzeigen, dass die Initiative mit ihrer rigiden Quotenregelung das falsche Mittel zur Bekämpfung der Zersiedelung ist. Der von Bundesrat und Parlament verabschiedete indirekte Gegenschlag, der griffige, geeignete Massnahmen vorsieht, war vermutlich zu wenig bekannt. Das Komitee fordert den Bundesrat auf, dass bei der schwierigen Umsetzung Augenmass behalten wird und praktikable Wege vorgeschlagen werden, die den unterschiedlichen Herausforderungen der Gemeinden Rechnung tragen.**

Das Schweizer Volk hat heute der Initiative „Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen“ knapp zugestimmt. In Zukunft soll also schweizweit eine rigide, für alle Gemeinden gleiche Beschränkung des Zweitwohnungsanteils auf maximal 20% gelten.

Auch das überparteiliche Nein-Komitee aus SVP, FDP, CVP, GLP und BDP hat stets die Notwendigkeit von strengen Vorschriften zur Bekämpfung der negativen Folgen des Zweitwohnungsbaus betont. Die von der Initiative geforderte starre Quotenregelung aber als kontraproduktive Scheinlösung bekämpft. Offensichtlich ist es aber nicht gelungen, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger davon zu überzeugen, dass die von Bundesrat und Parlament als indirekter Gegenschlag zur Initiative im Juli 2011 in Kraft gesetzte Revision des Raumplanungsgesetzes das geeignetere Mittel zur Lösung der Zweitwohnungsproblematik ist.

Die nun anstehende gesetzliche Umsetzung der Initiative muss nun mit dem notwendigen Augenmass vorgenommen werden. Zum einen muss bei der Ausarbeitung der genauen Ausführungsbestimmungen darauf geachtet werden, dass der nun in vielen Gemeinden der Schweiz bevorstehende Baustopp für Zweitwohnungen nicht einfach zur Verlagerung des Zweitwohnungsbaus in bisher unberührte Gebiete führt und so die Zersiedelung noch weiter vorantreibt. Zum anderen sind die Initianten beim Wort zu nehmen. Die im Abstimmungskampf geäusserten Versprechungen und Beteuerungen sind einzulösen. So sind mindestens bewirtschaftete touristische Zweitwohnungen, Zweitwohnungen von Studierenden und auswärts wohnenden Arbeitnehmenden, Zweitwohnungen in strukturschwachen Gebieten sowie die Umwandlung einer Erstwohnung in eine Zweitwohnung in Folge eines Erbganges von den Einschränkungen auszunehmen.

### Für Rückfragen:

- Lorenz Hess, Nationalrat BDP, Co-Präsident des überparteilichen Komitees „Nein zur Zweitwohnungsinitiative“, Tel.: 079 356 59 26
- René Imoberdorf, Ständerat CSPO, Co-Präsident, Tel.: 079 437 91 88
- Martin Candinas, Nationalrat CVP, Co-Präsident, Tel.: 078 841 66 86
- Jean-René Germanier, Nationalrat FDP, Co-Präsident, Tel.: 079 628 66 20
- Filippo Leutenegger, Nationalrat FDP, Co-Präsident, Tel.: 079 447 99 07
- Beat Flach, Nationalrat GLP, Co-Präsident, Tel.: 079 402 91 12
- Erich von Siebenthal, Nationalrat SVP, Co-Präsident, Tel.: 078 856 12 40
- Guy Parmelin, Nationalrat SVP, Co-Präsident, Tel.: 079 400 26 89